

Diskussion:

„Auf das Bedürfnis nach Sicherheit reagieren“

Wolfgang Thierse und Swen Schulz diskutierten über das Regierungsprogramm 2009

In der gegenwärtigen Krise könne auch eine Chance stecken. So leitete Wolfgang Thierse die Diskussionsrunde „Vom Hamburger Programm zum Regierungsprogramm 2009“ in Spandau ein.

Vor gut einem Jahr verabschiedete der Hamburger Parteitag ein neues Grundsatzprogramm. An zentraler Stelle pocht die SPD darin auf den Primat der Politik und fordert die Regulierung der Finanzmärkte. Eine Forderung, die angesichts der aktuellen Krise der Finanzmärkte plötzlich sogar Unterstützung in politischen Lagern findet, die bis vor kurzem noch den freien Markt propagierten und nach einem schlanken Staat verlangten. Die Sozialdemokratie, so Thierse, könne mit ihrem Konzept des vorsorgenden Sozialstaates auf das Bedürfnis nach Sicherheit reagieren.

Ebenso wie Thierse bezeichnete Swen



Diskutierten über das Wahlprogramm 2009: Wolfgang Thierse und Swen Schulz. Foto: Bachnick

Schulz, der zu der Veranstaltung eingeladen hatte, Bildung als Schlüsselbereich für die Zukunft. Chancengerechtigkeit in der Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für das, was im Programm unter „Gute Arbeit“ beschrieben wird und natürlich Voraussetzung dafür, dass sich Deutschland weiterhin auf dem Weltmarkt behaupten könne. Damit verbunden ist auch eine weitere Stärkung der Familien.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Aspekte beleuchtet, auch notwendige Weiterentwicklungen der SPD-Regierungspolitik etwa hinsichtlich Privatisierungen und des Systems der Regelsätze für Erwerbslose.

Als Leiter der Grundwertekommission lud Thierse abschließend ein, sich über die Landes- und Bezirksverbände an der Arbeit an dem Wahlprogramm 2009 zu beteiligen.

B.B. □

SPD Neu-Westend:

Zeichen der Erinnerung

Gedenktafel für Günther von Drenkmann

Am 24. Oktober 2008 wurde am ehemaligen Wohnort des Kammergerichtspräsidenten Günther von Drenkmann in der Bayernallee 10–11 eine Gedenktafel im Beisein seines Sohnes Peter von Drenkmann angebracht. Damit wird knapp 34 Jahre nach dem nach wie vor unaufgeklärten politischen Mord an dem Kammergerichtspräsidenten und aufrechten Sozialdemokraten direkt am Tatort an Günther von Drenkmann erinnert.

Von Drenkmann wurde am 10. November 1974 in der Eingangstür seiner Wohnung von Mitgliedern der Bewegung 2.Juni bzw. Rote Armee Fraktion ermordet. Bei der feierlichen Gedenktafelanbringung waren neben Peter von Drenkmann die Kammergerichtspräsidentin Monika Nöhre, die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel und der Vorstand der degewo, Frank Bielka, anwesend. Die immer noch in dem Haus wohnende Witwe Christel von Drenkmann konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen, ließ aber herzliche Grüße ausrichten.

In ihrer Begrüßung wies die stellvertretende Vorsitzende der SPD Neu-Westend und Mit-Initiatorin der Gedenktafel, Gunhild Schaeffer-Dohrmann darauf hin, dass man auch ein bewusstes Zeichen der Erinnerung an die Opfer des Terrors setze. Denn gerade zurzeit gewönne man z. B. durch den Film „Der Baader-Meinhof-Kom-



Enthüllung der Gedenktafel für Günther von Drenkmann

plex“ den Eindruck, dass den Tätern mehr öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt würde als den Opfern. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel nahm diesen Gedanken auf und erinnerte ebenso wie die Kammergerichtspräsidentin Monika Nöhre an den liberalen Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann und die Umstände der Tat.

Petra Merkel verlas auch Grußbotschaften der beiden prominenten sozialdemokratischen Zeitzeugen, des damaligen Justizministers Hans-Jochen Vogel und des damaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, die in bewegenden Worten an die damalige Zeit erinnerten. Die Realisierung der Gedenktafel geht auf eine Initiative der SPD Neu-Westend, deren Mitglied Christel von Drenkmann ist und der SPD Lietzensee zurück.

PM □

SPE-Aktivisten:



Sie wollen aktiv in den Europawahlkampf eingreifen: Die SPE-Aktivistinnen und Aktivisten, die sich zum Gründungstreffen der Berliner Gruppe im Büro der Europaabgeordneten Dagmar Roth-Behrendt trafen. Dagmar Roth-Behrendt und ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Europas aus Brüssel, Nils Wörner, diskutierten über die Ziele und mögliche Aktivitäten der neuen SPE-Gruppe.

Foto: Büro DRB

NOTIZEN AUS DER SPD

„Elternrecht versus Kindeswohl?“ lautet das Thema des nächsten ASJ-Stammtisches am Mittwoch, 12. November um 19.30 Uhr im Restaurant „Glocke“, Mecklenburgische Straße 14 (nahe S-Bahn-Station Heidelberger-Platz). Zwei Richter und eine Jugendamtsleiterin diskutieren u.a. über die Fragen, wie weit das Erziehungsrecht der Eltern geht, ab wann das Kindeswohl gefährdet ist und ab wann Vernachlässigung beginnt. Diskutiert wird zudem, was der Staat tun sollte, wenn die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder versagen.

PM □